



Hamburg, den 14.03.2025

Liebe Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „7 Wochen für die Menschenrechte“ unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 23.03.2025 in der englischen Fassung zum Abschicken und die übersetzte Form für die Botschaft, - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Den englischen Brief bitte per Email verschicken (E-Mail: contacto@president.gob.sv), den für die Botschaft in Deutschland mit 0,95 € frankieren.

Sachlage zum Fall:

Die Inhaftierung von Fidel Zavala, dem Sprecher der Organisation *Unidad de Defensa de Derechos Humanos y Comunitarios* (UNIDEHC), sowie die Durchsuchungen der Büros der Organisation und der Wohnung ihrer Direktorin, der Rechtsanwältin Ivania Cruz, geben Anlass zu großer Sorge. Die Menschenrechtsorganisation UNIDEHC spielt bei der Aufdeckung schwerer Menschenrechtsverletzungen in El Salvador eine Schlüsselrolle, insbesondere seit der Verhängung des Ausnahmezustands. Das Vorgehen der Behörden ist alarmierend, da es offenbar Teil einer umfassenderen Strategie zur Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen ist. Soziale Organisationen im Land werten die Festnahmen und Durchsuchungen als politische Verfolgung.

Die Polizei führte die Durchsuchungen und Festnahmen durch, kurz nachdem UNIDEHC eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte unterstützt hatte, die sich gegen die Inhaftierung von Gemeindevorsteher*innen aus der Hacienda La Floresta in San Juan Opico in La Libertad richtete. Der dortigen Gemeinde droht die Zwangsräumung. Betroffen sind mehr als hundert Familien, von denen viele schon seit mehr als zehn Jahren auf der Hacienda leben. Nach dieser Anzeige wurden Berichten zufolge mindestens 20 weitere Personen aus dieser Gemeinde inhaftiert. Dies erhöht die Besorgnis über zunehmende Repressionen gegen diejenigen, die sich für Landrechte und die Organisation von Gemeinden einsetzen.

Darüber hinaus scheint die Inhaftierung von Fidel Zavala eine Vergeltungs- und Einschüchterungsmaßnahme zu sein, weil er Folter, Todesfälle und andere Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen während des Ausnahmezustands dokumentiert und anprangert. Seine Aussagen haben entscheidend dazu beigetragen, diese Menschenrechtsverletzungen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene bekannt zu machen. Es wird befürchtet, dass seine Inhaftierung darauf abzielt, sowohl seine eigene Tätigkeit als auch weitere Berichte über Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Hintergrundinformation

Die Inhaftierung von Fidel Zavala und mehr als 20 Gemeindevorsteher*innen von La Floresta ist Teil einer breiteren Eskalation der staatlichen Repression gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen in El Salvador. Seit der Verhängung des Ausnahmezustands im März 2022 haben die Behörden Maßnahmen ergriffen, die ein Muster von Menschenrechtsverletzungen zeigen, dazu zählen Tausende von willkürlichen Inhaftierungen, den systematischen Einsatz von Folter in Haftanstalten und Hunderte Todesfälle in staatlichem Gewahrsam.

Fidel Zavala, Sprecher von UNIDEHC, spielt eine entscheidende Rolle bei der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen in salvadorianischen Strafvollzugsanstalten. Im Jahr 2024 erstattete er Anzeige gegen Gefängnismitarbeiter*innen, unter ihnen Osiris Luna, der Generaldirektor der Gefängnisse, wegen Folter und anderer Misshandlungen während des Ausnahmezustands.

Amnesty International hat sich besorgt über die Verschlechterung der Menschenrechtslage in El Salvador geäußert und davor gewarnt, dass die seit 2022 eingeführten Rechtsreformen und die Konsolidierung eines repressiven Sicherheitsmodells das Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Strafverfahren faktisch abgeschafft haben.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von amnesty international z.B. bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns ist nur ein Brief ...

... für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht, oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Maier

ai-Gruppe 1452